



Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Belegungsbeständen und in allen Buchhandlungen

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich bei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (johrs Sonderausgabeblätter) Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-Altstadt 10. Reichsbahnpostamt 2. Fernsprecher: 17250 / Postdirektion: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgeellschaft Schriftleitung: Dresden-Altstadt 2. Fernsprecher: 17250 / Druckhaus: Amt Dresden Nr. 17250 / Druckhaus: Arbeiterschule Dresden / Spezialdruckerei der Arbeiterkammer: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelpreis: Die neuromanisch gesetzte Monatszeitschrift oder deren Raum 0,20 RM. für Familienmitglieder 0,20 RM. für die Abonnenten entfallend an den dreipfennigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Einzel-Ausgabe wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstraße 2. Die "Arbeiterkammer" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Im Süden hohes Betrieb befindet sich ein Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder auf Zustellung des Bezugspreises.

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 13. März 1928

Nummer 62

# Abwürfung des Berliner Kampfes

Reformistischer Dolchstoß im Werkzeugmacher-Streit

## Der Schiedsspruch verbindlich

Die Metallarbeiter verlangen Fortsetzung des Kampfes

Berlin, 13. März.

Der am Sonnabend vom sozialdemokratischen Schlichter für Groß-Berlin gefällte Schiedsspruch im Berliner Werkzeugmacherschlitt ist gestern gemäß Artikel 1 § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen „von Amts wegen und im öffentlichen Interesse“ für verbindlich erklärt worden.

Der sozialdemokratische Schlichter Wissel hat sich im Kampf der Berliner Metallarbeiter eine bis heute einzige dastehende Verhöhnung der Arbeiterschaft geleistet.

Am Sonnabend dem 10. März hatte Wissel zu neuen Einigungsverhandlungen eingeladen und nach deren Scheitern einen Schiedsspruch gefällt, der eine Kopie des ersten vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruches ist. Außer langatmigen Erklärungen darüber, daß eine „Nachprüfung“ der Metallarbeiterlöhne erfolgen soll, enthält der neue Schiedsspruch nur eine konkrete Bestimmung, nämlich daß den Werkzeugmachern ein Mindestlohn von 1 Mark pro Stunde garantiert wird.

Darin liegt die unglaubliche Infamie. Denn die Werkzeugmacher haben bereits durchweg Stundenlöhne von über 1 Mark, nach den Berechnungen des DWB beträgt der durchschnittliche Stundenlohn 1,28 Mark. Eben deshalb forderten die Werkzeugmacher einen Mindeststundenlohn von 1,50 Mark. Der Schiedsspruch bringt also keinem Werkzeugmacher auch nur einen Pfennig Lohn erhöhung. Die übrigen Metallarbeiterkategorien erhalten ebenfalls nichts. Das wußte der Sozialdemokrat Wissel. Er hat nur darum eine Mark Stundenlohn festgesetzt, um seinen Schiedsspruch juristisch zur Verbindlichkeitserklärung fähig zu machen, da der erste Schiedsspruch mangels jeder konkreten Angabe nicht verbindlich erklärt werden konnte. So leistete der Sozialdemokrat Wissel dem Reichsarbeitsminister der Bürgerblockregierung handlangerdienste. Nachdem Wissel als Fachkundiger im Schlichtungsbetrag die juristischen Hindernisse einer Verbindlichkeitserklärung bestätigt hatte, erfolgte gestern prompt das Eingreifen des Reichsarbeitsministers, der dann nach den formalen Einigungsverhandlungen die Verbindlichkeit des Schiedsspruches erklärte.

Wie heute morgen aus Berlin berichtet wird, fand gestern eine große Versammlung der streikenden Werkzeug-

macher statt. Der Vorsitzende des Berliner DWB sprach für die Wiederaunahme der Arbeit im Falle der Verbindlichkeitserklärung. Sämtliche Diskussionsredner traten für die Fortführung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung ein. Eine vorgelegte Resolution der Opposition fand die Billigung der übergroßen Mehrheit der Versammlung.

Als bekannt wurde, daß der Reichsarbeitsminister Brauns den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat, herrschte ungeheure Erregung. Urlich erklärte, der Streit wird abgebrochen und am Mittwoch erfolgt Wiederaunahme der Arbeit. Das Hauptvertretungsmitglied Toth warnte vor einem „Weiterstreiken auf eigene Faust“. Urlich erklärte den Streik für beendet und ließ auch keine Abstimmung über die Resolution zu. Er schloß darauf die Versammlung.

Heute finden überall Betriebs-Streikversammlungen statt. Die Opposition fordert Weiterführung des Kampfes, auch gegen Verbindlichkeitserklärung. Entfaltung der Kampfraft aller Metallarbeiter und restlose Durchsetzung der Forderung des Metallkartells vom Jahre 1927 mit 15 Prozent Zulage.

Heute vormitig 10 Uhr findet eine Funktionärsversammlung der Werkzeugmacher statt. Die Betriebsverwaltung erlässt einen Aufruf an alle streikenden Werkzeugmacher und alle ausgeworfenen Metallarbeiter und fordert auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da aus rechtlichen Gründen nicht mehr gestreikt werden könne.

Die Betriebe Siemens und Bergmann feilen durch die Presse mit, daß die Arbeit am Mittwoch früh zur üblichen Zeit wieder aufgenommen werden kann.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichseisenbahn

Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht)

Heute beginnen neue Verhandlungen zwischen der Eisenbahngewerkschaft und der Hauptverwaltung der Reichseisenbahn. Es wird die Forderung von 10% Lohnzurückhaltung aufgestellt. Die Reichsbahnhauptverwaltung hat abgelehnt und verlangt, daß der Minister eingreift. Der Reichsarbeitsminister hat jedoch aufgefordert, noch einmal zu verhandeln. In 2 Wochen läuft der Tarif ab, es ist aber mit dem Eingreifen des Reichsarbeitsministers zu rechnen.

## Drohungen gegen Sovjetrußland

Die bürgerliche Presse ist bemüht, gegenüber der Ausbreitung der Sabotage im Donzbeden in der Sowjetunion, an der auch deutsche Ingenieure beteiligt sind, die weitmöglichst in Sicht zu nehmen und ohne Kenntnis der näheren Tatsachen ihre Unschuld zu behaupten. Es fehlt auch nicht an leisen Drohungen in der Hinsicht, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch „socharles Durchgrößen“ der Sowjetunion gegenübers den „Saboteuren“ eine Teilung dieser Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehen müsse. Als Beispiel sei nur das Berliner Tageblatt genannt, das folgendes schreibt:

„Auch auf russischer Seite wird man sich nicht verhehlen, daß die Verhaftung der 6 Deutschen eine Vertrauensstelle zwischen der deutschen und der Sowjetunion heraufbeschwören muß... Es ist eine gewisse Ausnutzung der deutschen Ingenieure, sich nach Russland zu begeben, wenn sie sich sagen müssen, daß sie unter Umständen der ungewöhnlichen Verhaftung ausgelebt sind, in Gemeinschaft mit dem polnischen Generalstab in Russland Sabotage zu treiben. Dies muß offen ausgesprochen werden. Die Verhaftung der sechs Deutschen zeigt die Notwendigkeit, daß die deutsche Regierung die Grenze des Extraterritorialen mit großer Bestimmtheit zieht, als das bisher geschehen ist.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft unter allen Umständen gewillt ist, die Saboteure zu schützen. Die Sowjetunion wird sich durch dieses Geschehen nicht einschüchtern lassen. Sie wird gegen wirklich Schuldige vorgehen. Nicht die Sowjetunion, sondern die deutschen Firmen sind schuld.

Die Ingenieure wie auch die sie nach Russland sendenden Kapitalisten wünschen, daß sie sich nicht an konterrevolutionären Machtkräften beteiligen durften. Die Firmen hätten von ihren Angestellten, die strenge Einhaltung der Neutralität zu verlangen. Wenn jetzt die bürgerliche Presse ein Gehul auf wegen

der Verhaftung anstellt, dann müßte man daraus schließen, daß die deutschen Kapitalisten die konterrevolutionäre Tätigkeit ihrer Angestellten unterstützen.

Im übrigen kann man jedoch abwarten, was die Sowjetunion an weiterem Material über den Vorhang mitteilen wird.



## Der sächsische Vasallen

Partikularismus als Vosten der Gegenrevolution

Die diesjährige Etatrede im Sächsischen Landtag zeigte gegenüber den früheren Etatreden einige neue politische Gesichtspunkte. Das lag nicht an der Rede des Buchhalters der Großindustriellen und Landbündler, des Finanzministers Weber. Dieser Finanzminister „widert Willen“ hat vielmehr aus seiner Rede alle Fragen herausgelassen, die innerhalb der Bürgerblockparteien umstritten sind. Angesichts der politischen Lage mußte sich die Helds-Regierung damit begnügen, die wichtigsten Posten aus dem Hauptbüro der kapitalistischen Republik vorzutragen. Die politische Begleitmusik zur Verteilung der Steuereinnahmen, zur Wollung des bürgerlichen Machtapparates, wurde von den Rednern der Bürgerblockparteien geliefert. Was in den offiziellen Regierungserklärungen möglich verzehrt wird, das kam in den Reden der großkapitalistischen Vertreter unverhüllt zum Ausdruck. Hat sich doch die ländliche Bürgerblockregierung immer wieder als die Regierung der „Volksgemeinschaft“ proklamiert. Die Etatredner des Bürgerblocks haben allerdings gründlich mit dem Volksgemeinschaftschwindel aufgeräumt. Natürlich gegen ihre eigene Abhöhlung.

Aller voran der deutchnationale Abgeordnete Dr. Eberle, der Vorsitzende der Sächsischen Großkassen-Zentrale. Dr. Eberle hat sich als sächsischer Vasallen vorgestellt. Das Programm, das er zur Frage des Einheitsstaates entwickelt hat, ist die Zusammenfassung aller reaktionären Vorhälde, die auf dem Gebiete der Verwaltungsumwandlung in letzter Zeit überhaupt gemacht worden sind. Die sächsischen Deutchnationalen haben das Notprogramm der Industriellen, die Forderungen des Luther-Noske-Bundes und der Großagrarien aufgenommen. Es ist außerordentlich wichtig, in dem Wahlkampf vor den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung dieses Programms auf der ganzen Linie aufzuzeigen. Dr. Eberle forderte in seiner Rede:

1. Besetzung der Reichsverfassung;
2. Stärkung der Volkszugewalt des Reichspräsidenten;
3. Schaffung von Staatsräten in den Ländern;
4. Umwandlung des Reichsrats in ein Oberhaus (Länderkonferenzen);
5. Rückgabe der Steuerhoheit an Länder und Gemeinden;
6. Völlige Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder;
7. Ablehnung der Erfüllung des Dawesplanes.

Wie man sieht, ein ganzer Blütenstrauß reaktionärer partikularistischer Forderungen. Die Deutchnationalen wollen mit der Durchführung dieser Forderungen nicht etwa die Selbstverwaltung der Gemeinden und das Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Massen fördern. Im Gegenteil. Da sie aus Zweckmäßigkeitssünden den Kampf um die monarchistische Staatsform zurückgestellt haben, kommt es ihnen darauf an, an die Spitze der 18 deutschen ehemaligen Königreiche und Großherzogtümer einen reaktionären König zu stellen. Ausgerüstet mit allen Machtvollkommenheiten und mit der absoluten Volkszurückhaltung der Arbeiterklasse.

Das Programm des Deutchnationalen Dr. Eberle bedarf sich in vollem Umfang an jenen Forderungen, die von dem württembergischen Staatspräsidenten Vasallen auf der Länderkonferenz vorgetragen wurden. Die Deutchnationalen werden auch im Wahlkampf alle ihre reaktionären partikularistischen Forderungen vorziehen. Es gilt demgegenüber mit allen Mitteln den Kampf der Arbeiter um Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu organisieren.

Vorstand Dr. Eberle die partikularistische Fraktion der deutschen Bourgeoisie, so entwidelt der volksparteiliche Dresdner Oberbürgermeister Dr. Bläher den Standpunkt der Großindustrie und des Trustkapitals. Er leidet keine reaktionären Forderungen in das Flittergewand des dezentralisierten Einheitsstaates. Als Mittelpunkt ansetzen ließen die Landtage mit Leibniz'schem Staatsrecht beibehalten werden. Zur Wahrung der „öffentlichen Rechte“ und der Kontinuität in der Staatsentwicklung müßte eine Erweiterungskammer über den Reichstag gestellt werden. Diese Vorhälde bedeuten nicht etwa die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden. Sie bedeuten vielmehr eine härtere Einschränkung der So-







# Aus Offenbach

## Aus dem Stadtparlament

Heidenau. Vor recht geringer Zuhörerschaft fand die Stadtverordnetenversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung Ortschulordnung, stellte Herr Steidmann (bürgerl.) den Antrag, in § 12 die Vermittlungsfreiheit auch auf Bücher für Lebenskunde und Religionsunterricht auszuweiten. Nach gesetzlicher Kritik seitens der KPD und SPD wird selbiger abgelehnt. Genau so ergiebt es einem kommunistischen Antrag, der die Erziehung des § 1 Abs. 2 verlangt, welcher lautet: „Den Politischen befreit eine höhere Abteilung.“ Genosse Gleisberg führt zur Begründung folgendes aus. Wenn die Einführung solcher Klasse durchgeführt wird (es kommen nur 20 Kinder in Gruppe von einigen 100 Kindern), es zur Folge hat, daß vom 1. Schuljahr an eine Dreiteilung erfolgt. Hilfsschule, Durchgangsschule und höhere Klasse. Durch Heraushebung einzelner mit den verbleibenden Kindern jeder Ansporn zu ihrer Weiterbildung genommen. Nachdem noch ein unwillkürlicher Antrag der SPD angenommen wird, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Nachdem wird in den 2. Punkt der Tagesordnung, das Dritteljahr über Anstellungen, Rechts- und Bebildungsverhältnisse der Beamten, eingetreten. Genosse Gleisberg geht grundsätzlich auf unsere Einstellung zu diesem Gegenstand ein und erklärt weiter, daß durch das Bebildungsgesetz eine Beschränkung in die Gemeinschaft hineingetragen wird. Bei der Abstimmung wird die Vorlage angenommen. Bei dem Dritteljahr über Bebildungsvorrichtungen für die planmäßigen und nichtplanmäßigen Beamten, stellt Genosse Günther den Antrag, den Abs. 5 in § 6 zu streichen, welcher folgenden Wortlaut hat: „Den berufstätigen Wahlbeamten wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10 Prozent jeweiligen Grundgehaltes gewährt.“ Zur Begründung führt er aus: „Die zwei Wahlbeamten, die nach der Vorlage eine Aufwandsentschädigung von 1800 RM steigend bis 1940 und bis 2230 RM in ihrem Grundeinhalt erhalten, können von ihrem Gehalt ein schönes Leben führen, während der Arbeiter mit seiner Familie im Jahr nicht das hat, was die zwei Wahlbeamten als Aufwandsentschädigung erhalten.“ Gen. W. Walther (Sozialdemokratisches) und Gen. Käthe (bürgerl.) erklären, daß die Aufwandsentschädigung ja im Interesse der Stadt liege. Von unten kommen wird die Einstellungnahme gebührend gekennzeichnet. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Gen. Günther mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Bürgerlichen abgelehnt. Zum Stellenplan ergiebt sich folgendes Bild: 1. Die zwei Wahlbeamten erhalten ein Grundgehalt von 18.000 RM, steigend somit der Wohnungsaufwand in Höhe von 2160 RM und die Aufwandsentschädigung von 1800 RM, zusammen 21.960 RM. Steigend bis 23.500 RM. Nach Aufrichtung in die nächsthöhere Gruppe (von Gruppe 6 in Gruppe 5, resp. von Gruppe 7b in Gruppe 7a) ein Grundgehalt von 27.000 RM. 2. Die nächsthöheren drei Beamten ein Grundgehalt von 20.500 RM, steigend bis 24.500 RM (Gruppe 7c). 3. Sechs Beamte in Gruppe 10 bis 11 erhalten rund 34.000 RM, steigend bis 44.000 RM. 4. 11 Beamte in Gruppe 15c bis 12 erhalten 49.000 RM, steigend bis 63.500 RM. 5. 27 Beamte in Gruppe 13 bis 15 erhalten rund 88.000 RM, steigend bis 110.000 RM. 6. 13 Beamte in Gruppe 16 bis 18 erhalten rund 27.000 RM, steigend bis 42.500 RM. 7. 22 Beamtenanpasser 46.500 RM. 8. Zweit Leitung 2000 RM. Bei Gegenüberstellung der Tarife in der Papierbranche und Metallbranche muß man erläutern, daß die Arbeitnehmer die schlechtesten entlassene Klasse ist.“ Bei Abstimmung wird diese Vorlage einstimmig angenommen. Genosse Günther gibt eine Erklärung dahingehend ab, daß sie ihre Zustimmung bis Gruppe 10 geben, ebenso nur ihre Zustimmung bis Abteilung 4 des Wohnungsgeldzuschusses geben können.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde das Petitionsmessen behandelt. Genosse Gleisberg äußerte seine Bedenken dahin, daß bei einer Verpauschung des Petitionsmessens die höchsten Sports- und Arbeitserneuerungen benachteiligt seien würden. Der Verpauschung wurde zugestimmt. Bei einem Entwurf über die Verpauschung wurde der § 10 einstimmig gezeichnet. Im übrigen soll bei einer Verpauschung der Beitrag dem Vermögensaufwand nochmals vorgelegt werden. — Hieraus Dunkelkommt.

## Bürgerliche Wohnungspolitik

Schönbach bei Tebnitz. Wie die Wohnungsnutzung in unserem Ort durch die bürgerlichen Gemeindevertreter „ernsthaft und am wirtschaftlichen beläuft“ (höchste ist gefährlichen dingehalten) werden soll, beweist die Gemeindeverordnetenversammlung vom 21. Februar. Jenzler — der „mitfehlende Landwirt“ — hatte bis zum Jahre 1918 zwei Mietz in seinem Grundstück. Bis zum November 1927 war noch eine Wohnung befreit, wurde dann aber fort. Herr Jenzler vergriff natürlich prompt, die freigewordene Wohnung anzumelden. Sicherlich verfügte er die Freigabe der Wohnung für sich beim Bezirkswohnungsamt durchzutragen. Natürlich gelang ihm dies, obwohl sich der Wohnungsausschuß für die Beschaffung und gegen die Freigabe an Jenzler ausgesprochen hatte. Selbstverständlich sprachen sich die bürgerlichen Vertreter Max und Deinert wahr für die Freigabe der Wohnung an Jenzler aus, obwohl andere Bedürftige zweien Familien mit 5 Personen in einem 11 Quadratmeter großen Zimmer unter dem elendsten Verhältnissen hausen. — Soll man wohl sagen? Bedenkt, daß Jenzler gegen die Stimmen der Kommunisten seine Wohnung frei!

Die Sabotagepolitik und Verschleppungstatistik der bürgerlichen Gemeindevertreter kommt wieder einmal treffend beim Käuflich Reparatur und Erneuerungen am Schulfonds zu Tage. Seitdem im November 1927 der Schulausbau ein dreisemaliges Gejag an das Kultusministerium gerichtet und das Kultusministerium Einwendung eines Kostenantrages bis zum 1. März 1928 verlangt hat, ist bis heute nichts geschahen. Unsere Genossen, die den Bürgerlichen in der Gemeindeverordnetenversammlung vom 21. Februar die Maske vom Gesicht rissen, schließen fest, daß unter diesen Umständen die Reparaturen vielleicht in 10 Jahren ausgeführt werden. Die Eltern der schulpflichtigen Kinder müssen energisch gegen diese Verschleppungsversuche protestieren.

Weiter halten wir es für nötig, die Einwohnerchaft auf die Durchführung anderer geführter Beihilfen — in punkto Wohnbaupolitik — hinzuweisen. Befriedigend wurde nach der Hochwasserataktrophe im Juni 1927 der Beihilfeschluß gefasst, den Geschäftsbürgen durch sich in unserer Gemeinde zu helfen, indem pro Kopf der Einwohner 10 Pf. Einer erhoben und einem hilfskomitee überweisen werden sollten. Nach Komitee-Berätzung hätten vor sich aus Hilfsaktionen eingesetzt. Der kommunistische Antrag, die 80 Pf. der Pf. zu überweisen, wurde abgelehnt. Aber wer nun gedacht hätte, daß die 80 Pf. wenigen durch eine andere Stelle den Geschäftsbürgen zugeleitet werden, der wurde arg enttäuscht. Nichts ist bis jetzt geschahen. Die Bürgerlichen sind alle krasse Christen und denken wahrscheinlich: „Von Gott ist alles gut.“ — „Von Gott ist alles gut.“

## Aus dem Gemeindeparkament

Niederpontz. Der Jüdische Raum war gutbesucht. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß die Schule Wachau-Niederpontz in Zukunft einsturzgefährdet, nur scheinbar bestehen wird. Dies bedeutet einen Schulunterhalt. Der Ausbau der Schule Niederpontz ist geplant. Geldmittel etwa 65000 Mark für 1928 für die Einberufung des Sächsischen Gemeindetages vorgesehen. Die vorvoriente Mittelschulbehörde beim Sächsischen Bildungsamt wurde abgelehnt. Für das Projekt, von einer Fabrik in Laubegast betreut, wurden drei Mitglieder des Kollegiums in einen zu bildenden Ausschuß der be-

teiligten Orte gewählt. Für die Neuerweiter wurden eine Handmaschine, ein Signalhorn und eine Übungsdreifach bewilligt. Beschieden wurde weiter, dem Gemeindepflegerverband Villnitz und Umgegend beizutreten, wodurch die Anstellung einer Gemeindekranken- und Pflegekasse gewährleistet ist. Ein Zusprachiger Antrag zur Gewährungsordnung der Heimbürgen wurde genehmigt. In der nächstzukommenden Sitzung wurden Betriebsaufsichts- und Bebildungsgesetze erledigt.

Niederpontz. Im leider nur mäßig besuchten Saale des Oberen Gasthauses in Niederpontz — die SPD hatte stark lobtiert — sprach Bürgermeister Gen. Schreiter über seine Rente: „Nur durch das neue Reichland“. In diesen Worten zeigte er den Auhörern ein Bild der Verhältnisse in den Sanatorien der Sowjetunion und zeigte an Hand anschaulichen Bildmaterialien den Aufstieg des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, sowohl in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. In der Ausprache beantwortete Gen. Schreiter an ihn gerichtete Fragen. Der Kleinbürgertyp, hart angetreten, wurde aber an die Lust gelehrt. Nur der Belohntheit der Versammlungsleitung ist es zu danken, daß mit diesem Herrn nicht anders umgegangen wurde. Seine bekannte traurige Rolle spielt auch hier der Bezirksleiter der SPD, Kurt Eger. Anstatt in der Versammlung einmal die Vorschriften der Sozialdemokratie durchzutragen, vertrat er sie. Das auf den Hof Kunden in Treiters und Peterholz aus. Bis auf den Hof Kunden sie in Treiters und Peterholz. Die Arbeit? Der kontrollierende Beamte lustete alle noch brauchbaren Arbeitskräfte für die Sächsische Gußstahlfabrik in Niederpontz. Die nach wochenlanger Ausperrung am Montag wieder den Betrieb eröffnet hatte heraus. Schon auf der Straße standen Gruppen Erwerbstätiger erregt diskutierend und den Treibern jedem, der es nur haben wollte, ihr richtigen Licht zielend. Die älteren Arbeiter (Familienväter) hätten gern die Konjunktur erneut, um sich und ihren Angehörigen wieder einmal eine kleine Erleichterung der Lebensbedingungen zu ermöglichen. Ein älterer Arbeiter sagte z. B.: „Ich kenne die Hölle genau, habe schon vor dem Kriege jahrelang dort gearbeitet, ich kann mich jedem sagen, daß die Arbeit keine Hölle ist. Am Ende kriegt man doch eine Rente.“ Die Erwerbstätigen unterstellt, daß sie nur haben wollten, im richtigen Lichte zielend. Die Arbeit? Der Leiter der Sächsische Gußstahlfabrik erzählte, daß er nicht zum Kriegswendigen. Im vergangenen Sommer habe ich nur drei Wochen auf dem Bau gearbeitet, warne franz. infolge Entrüstung, in Jahre bin ich auch schon. Nun gebe ich schon wieder 22 Wochen herunter. Wenn die Gußstahlfabrik jetzt viel Peine braucht, nehmen sie es dort vielleicht nicht so genau mit der Leistung. Da kann ich vielleicht ein paar Wochen aushalten. Wenn es nur ein paar Wochen sind.“ — „Kinder Alter! — Ganz anders ein junger, noch ledig Arbeitervater: „Für die Stahlhütte? Nein, die lange Arbeitszeit, die Schufte, dieser Umgang mit den Untereinheiten und Schnaufern, und der niedrige Lohn!“ Nein, lieber lasse ich mir die Untersuchung herren, nur nicht in dieses Autohaus. Recht stellen Sie nur junge Leute ein, die müssen dieselbe Arbeit machen, bekommen aber weniger Lohn.“ Im Arbeitsnachweis hörte ich, daß nur jüngere Leute gekauft wurden. Auch ich wurde mit 37 Jahren schon für sie zu alt befunden. Das sind die Erfolge reformärer Politik! Sieh dir den Fall dieser Jungen und Männer an, das sind die Erfolge, die das Erwerbstätigenwerk bespielt der Arbeitnehmer die schlechtesten entlassene Klasse ist.“ Bei Abstimmung wird diese Vorlage einstimmig angenommen. Genosse Günther gibt eine Erklärung dahingehend ab, daß sie ihre Zustimmung bis Gruppe 10 geben, ebenso nur ihre Zustimmung bis Abteilung 4 des Wohnungsgeldzuschusses geben können. (Arbeiter-Korrespondenz)

nun schwer halten, ohne nachfolgenden Unterstützungsentschluß lebens des Arbeitsamtes dieses unzureichende Arbeitsverhältnis zu lösen. Es sei hiermit darauf hingewiesen, daß die Arbeitsmarktwirtschaften Verhandlungen nur zu den jeweils geltenden Tarifverträgen pflegen dürfen. Einmal andere Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer und Unternehmern, die niedrigeren Lohn vorstellen, müßten von den Werksleuten im eigenen Interesse unbedingt ablehnt werden. Die Arbeit darf in solchen Fällen nicht erst aufgenommen werden. Es ist dies keine Arbeitsverweigerung, die Unternehmung rechtfertigt, vielmehr ein Verlust, die Erwerbstätigen einzuführen. Diese müssen aber in all diesen Fällen die Unterhaltung nachgeahmt erhalten. (Arbeiterkorrespondenz)

Ottendorf-Oleifla. Allen Mitgliedern der Gruppen des Zentralvereins zur Kenntnis, daß die Arbeiten zur Fertigstellung des neuen Spiel- und Sportplatzes im nahen Umfang wieder aufgenommen werden sind. Es ist nun Pflicht eines jeden arbeitsfähigen Mitgliedes, sich aktivität an der Arbeit zu beteiligen, damit wir das Werk, das wir begonnen haben, vollenden, an dem dann jeder seine Freude haben wird, wenn wir es vollbracht haben. Verschiedene Mitglieder sind mit ihrer Pflichtstundenbilanz (4 Stunden pro Monat) von Oktober und November noch im Rückstand — die Pflichtstunden können noch im März nachgeholt werden — andernfalls muß dann der Pflichtbeitrag pro Stunde 20 Pf. bezahlt werden. An alle proletarischen Organisationen, an alle Gewerkschafts- und Parteiorganisationen ergeht hier der Ruf: helft auch Ihr alle freiwillig mit!

## Die Arbeiten an der Talsperre

Lehnitzmühle. Im vorigen Jahre nutzten wir uns öfters mit den Zuständen um Talsperrenbau Lehnitzmühle beschäftigen. Durch die Veröffentlichungen sieht sich jetzt die Bauleitung veranlaßt, bei der Einstellung von Arbeitern sehr vorsichtig zu Werten zu gehen, damit ja kein Hecht an dem verschwommenen Teich hineinkommt. Es wird uns aber trotzdem möglich sein, Berichte zu bringen, und die Bauleitung kann verhindert sein, daß wir in dieser Zeitschrift ein jahr wachses Auge haben werden, und alle Maßnahmen, die sich gegen die Arbeiter richten, werden wir zur Defensivfreiheit unterbrechen. Der Bau wird als Kooperationsarbeit ausgebaut und besteht der Tarifloch 84 Pfennig pro Stunde. Auf Grund dieses hohen Stundenlohnes steht ja die Firma veranlagt, ein Antreibesystem zu organisieren, das allen schon bestehenden Systemen hohe Spritzen. Ein Hecht von Aufsehern, die keine produktive Arbeit leisten, paßt auf die Arbeiter nicht. Ein Arbeitspensum wird verlangt, das, weil man damit rechnet, daß die beschäftigten Arbeiter von Gedanken nichts verlieren, als Müdigkeit bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber die Höchstleistung ist. Am solchen Schichten durchführen, muß man natürlich einen Obergärtnerinstellen, der zwar nicht zur Verbesserung der Arbeitsergebnisse beitragen, sondern der feste gutes Willen darauf einstellt, soviel als möglich Profit für seinen Unternehmer herauszuholen. Einem solchen hat die Firma gefaßt in Herrn Oberingenieur Friedrich, er ist es, der ein tägliches Pensum verlangt, den ganzen Tag den Bau abholt, nicht eins um gefährliche Stellen zu entbeden, wo Arbeit zu Schaden kommen könnten, mein — mo sich einer eine Freizeit anstreben, oder wo einer „gerade gestopft“. Hat er ein solches Opfer erfordert, gleich wird der Schachtmaster hingeschickt, um durch Ankündigen und Drohung mit Entlastung den Arbeiter daran zu erinnern, daß er keine Arbeitskraft an einen Unternehmer verkaufen darf. Das unter solchen Umständen wenig Wert auf ländliche Einrichtungen legen wird und die Arbeiter gegen Unfälle durchaus nicht gewahrt sind, braucht nicht im beladenen Herrengehobel zu werden. Es wird Aufgabe der hier beschäftigten Arbeiter sein, daß dies Gebaren solcher Unternehmen, welche befehl wird, daß eine Betriebsvertretung geschaffen wird, die die Interessen des Arbeiters reaktiv wahrnimmt, und die solchen kann auf eine gutorganisierte Belegschaft, mit diesen Arbeitern das Handwerk zu legen. Auch sind die sozialen Organe, die bei Schaffung des Arbeitsprogramms mitgewirkt haben, verpflichtet, den Unternehmern auf die Fingers zu legen, so daß die Arbeitlosen nicht wie Freiwillig behandelt werden, denn Rollenarbeiters sind nicht geschaffen worden, damit sich einzelne daran bereichern, sondern um die Art zu leben.

Freiberg. (Jugendweihe) Eltern, die gewillt sind, ihre Kinder an der Jugendweihe teilnehmen zu lassen, werden gebeten, umgehend Anmeldungen vorzunehmen bei: Gerhard Deichmann, Sonnenallee 18, 2. Stock; Gewerkschaftssekretariat, Peterstraße 8, 1. Stock; Max Odeke, Hainhofer Straße 60. Die Jugendfeier findet Sonntag den 25. März 10 Uhr im Saale der Union statt.

# Aus der Oberlausitz

## Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Zittau

Bei dieser Tagung war bemerkenswert, daß die Einheitsfront von Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten so richtig zum Brüderlein kam. Der Genossen Obi als einziger kommunistischer Vertreter (der Gen. Polak, Jonsdorf, ist tot) gab zu jedem Tagesordnungspunkt seine Stellung als KPD-Vertreter bekannt. Darüber entschieden sich am laufenden die SPD-Männer. Ja, man bezeichnete es als einen Standort, nicht in das Tuthorn der anderen zu blitzen. Da der Hauptbahnhof in den Richtung zum Haushaltspol 2728 zur Tagesordnung. Hier sind 1. B. noch 112.500 Mark Darlehen da, welche um vorjährigen Wohnungsbau belastet werden und der Genossen Obi stellt die Frage: Warum hat man dieses Geld nicht den Gemeinden zum Wohnungsbau überlassen? Die Anfrage wurde von Amtshauptmann Kahmann mit nichtsagenden Reden abwehrt. Weiter sind aus dem Ausgleichssteuer 18.000 Mark Beihilfen zu wenig eingegangen, lebige hat man an der Erwerbstätigenabgabe geprägt. Der Genossen Obi stellt wiederum die Ringe: Warum hat man diese Summe gerade bei dem Sozialstaat abgezogen? Hier, wo viel nötiger eine Aufbesserung anstatt Verschlechterung eintreten sollte, hat man das Recht der armen Deutschen mit zu hängen. Verwaltungsaufwand. Man fordert als Nachtrag zur Aufwandsentschädigung des Amtshauptmanns 1200 Mark und noch zur Überhaltung des Dienstwagenwagens 1200 Mark. Der Genossen Obi gibt hierzu auch keinen ablehnenden Standpunkt bekannt. Gegen die Stimme des Kommunisten wird alles bewilligt. 4000 Pf. Nachtrag für öffentliche Güterpflege, so daß die Siedlungsmittel der Arbeitnehmer gebracht werden. Aber wer nun gedacht hätte, daß unter diesen Umständen die Reparaturen in 10 Jahren ausgeführt werden, der wurde arg enttäuscht. Nichts ist bis jetzt geschahen. Gegenüber dem Siedlungsmittel der Arbeitnehmer wurde abgelehnt.

## Aus dem Gemeindeparkament

Tittelsdorf. Am 22. Februar fand die zweite öffentliche Gemeinderatsversammlung statt. Eine größere Anzahl Bürokraten hatte sich eingefunden. Bei Punkt 2 und 3. Wahl zum Fortbildungsausschuß und Vorstand, wurde Genossen Reumann mit in den Ausschuß gewählt. Als vierter Punkt wurde beschlossen, laut der neuen Verordnung die Warnungsmaut zu befreien und einzubringen. Als 6. Punkt wurde vom Vorstehenden die Verordnung über Reinigen der Straßen, sowie Streufüllung der Glattelis vorgelesen und vorschlag, die Verordnung durchzuführen und jedem Grundstücksbesitzer eine zu zustellen. Als 7. Punkt lag ein Antrag vor, nach Seiten der Landwirte einen öffentlichen Weg, der quer über die Felder geht, einzulegen. Genossen Schatz betonte, daß wir diesen Antrag ablehnen, da wir kein Interesse haben betreffe Einziehung dieses Weges, weil dann die Proleten, die tagsüber in der Fabrik und Werkstatt sind, nicht mehr über die Weizen und Felder, der Weg durchgeht, laufen dürfen. Der Antrag wurde abgelehnt. 8. Kirchschulgebäude betraf, wurden vom Vorstehenden die Schriften zwischen der Gemeinde und dem Bezirksamt vorgelesen. Das Bezirksamt fühlt sich beleidigt, daß von Seiten des Bürgermeisters einer Oberbehörde Verhandlung über unrechtmäßige Anmeldung von der Gemeindeeltern, die sich die Kirche angeeignet hat, vorgenommen wird. Der Bürgermeister betonte, nur ich sei die Kirche keine Oberbehörde. — zum Wohnungsbau 1928/29 sieben der Gemeinde nur 8000 Mark zur Verfügung. Die Vorarbeiten soll der Bauausschuß erledigen. Zum 10. Punkt werden 10 Anteilshörner zu je 10 Pf. von der Bevölkerungsgeellschaft Zittau-Land übernommen. Hieraus Dunkelkammer.

## Hoelz-Berghaltung in Neugersdorf

Am 7. März wurde von der Ortsgruppe Neugersdorf der Roten Hilfe eine Hoelz-Berghaltung einberufen. Nachdem der Berghaltungsteller in kurzen Worten die Berghaltung eröffnet hatte, erging die Genossin Traude Hoelz das Wort. Ihr Referat war eine gute und aufzufindende Kritik der Klostergut in unserer Republik. Das Referat wurde mit Beifall quittiert, und das Ergebnis war, daß von ca. 200 Anwesenden 40 für die Rote Hilfe gewonnen wurden. Die Hoelz-Brotküche reichten nicht aus. Nur kann man aber nicht sagen, daß das Ergebnis bloß deshalb so gut ausgefallen ist, weil Traude Hoelz gesprochen hat. Rein die Arbeiter haben aus ihren Ausführungen erkannt, daß sie im proletarischen Klostergut nicht arbeitsfähig leben dürfen, und daß sie anschließend müssen an die Rote Hilfe, um den Kampf der Arbeiterklasse durchzuführen zu können. Dies zeigte auch eine Abstimmung für das Wiederaufnahmeverfahren Max Hoelz, die einstimmig angenommen wurde. Die von dem Landtag abgeordneten Genossen Hermann Klemmiger eingekochte Begehrungsliste an Max Hoelz wurde mit großer Begeisterung angenommen.

## Roter Breitbandtag in Meißen

Freitag den 18. März, 19.30 Uhr, im Alten Rathaus, Döbeln-Kapelle.



## Schiedspruch im Buchdrudgewerbe

Die Forderung des Buchdruckerbandes

Keinen Pfennig — lagen die Unternehmer

Der Verband der Deutschen Buchdrucker beschloß in seiner Sitzung der Gewerbetreter und des Hauptvorstandes am 7. März von den Unternehmern eine Erhöhung der tariflichen Mindestlöhne um 10 Mark pro Woche zu fordern, und war bis zum 28. September 1928. Am 8. März begannen die Verhandlungen mit den Unternehmern in der Tarifkommission. Die Vertreter der Schriftsteller im Buchdrudgewerbe erklärten, daß keine Pfennig Lohnerschöpfung bewilligen wollen. Sie fordern Verlängerung der bisherigen tariflichen Mindestlöhne bis zum 31. März 1929. Die Vertreter des Buchdruckerbandes appellierte daraufhin an die im Buchdrudgewerbe bestehende tarifgemeinschaftliche Institution des Zentralverbandes am 1. April, das am 9. März zusammengetreten ist.

Die Forderung, die die Vertreter des Buchdruckerbandes aufgestellt haben, sind eine schwere Enttäuschung für die Buchdruckerarbeiter. Seit einem Jahr warten sie vergeblich auf eine Erhöhung der schlechten tariflichen Mindestlöhne. Mit einer zögerlichen Zulage von 10 Mark wäre noch nicht einmal ein Ausgleich geschaffen für die gestiegenen Preise der Lebensmittel, der Mieten usw. Nach den auch vom Vororten veröffentlichten amtlichen Zahlen sind die Preise der Konsumgüter allein im Jahre 1927 um 14 Prozent gestiegen. Diese Versteuerung der Lebenshaltung machte im Anfang des laufenden Jahres weitere Fortschritte. Wenn man bedenkt, daß die Führer des Buchdruckerbandes noch bis in die letzten Tage hinein davon sprachen, daß endlich angesichts der rückigen Unternehmergehörige eine Erhöhung des Reallohnes erreicht werden müsse, so ist ihre leichte Bescheidenheit im schärfsten Kontrast zu ihren Worten.

Über umso provokatorischer wirken die ganz unglaublichen Erklärungen der Unternehmer. Sie sind geeignet die Buchdrucker zu alarmieren. Obwohl Kampf geht es diesem nicht, ohne Kampf wird nichts erreicht! Jetzt gibt es nur einen richtigen Weg: An der schon so bescheidenen Lohnforderung der Verbandsvertreter darf nichts mehr nachgelassen werden, es müssen jetzt wenigstens diese 10 Mark im Kampf herausgeholt werden. Bewilligen die Unternehmer nicht, so gibt es für die Arbeiter des Buchdrudergewerbes nur die Antwort des geschlossenen Streiks. Die gute Konjunktur muß ausgenutzt werden, um die berechtigten Forderungen zu erläutern, und zwar ohne jede Rücksicht auf einen etwaigen Schiedspruch und dann Verbindlichkeitserklärung. Anders werden die Buchdrucker trockener Konjunktur höchstens einige elende Bettelpennige zugezogen bekommen.

## Das Schlichterdistat

Nachdem die direkten Lohnverhandlungen im Buchdrudgewerbe gescheitert waren, weil die Unternehmer keinen Pfennig geben wollten, wurde die tarifgemeinschaftliche Schiedsinstitution, das Zentralverbandamt, angerufen. Dieses hat am 10. März folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Der Spaltenlohn wird von 52,50 Mark je Woche auf 56.— Mark je Woche erhöht.
2. Diese Erhöhung gilt vom 1. April 1928 ab.
3. Der Lohntarif läuft bis zum 31. März 1929 und kann erst malig am 15. Februar 1929 zu diesem Termin gekündigt werden. Wird er nicht zu dieser Frist gekündigt, so läuft er je drei Monate mit sechswöchiger Kündigungsfrist weiter.
4. Die Parteien haben sich gegenseitig bis zum 17. März, mittags 12 Uhr, über die Annahme des Schiedspruchs zu erklären.

Dieser Schiedspruch der tarifgemeinschaftlichen Institution für die Buchdruckerarbeiter unannehmbar. Eine Zulage von 3,50 Mark auf die Mindestlöhne ist nicht entfernt ein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Ebenso unzulässig ist ein Tarifabschluß für ein ganzes Jahr; die neuen Lohnabreden dürfen höchstens für 6 Monate abgeschlossen werden.

Da die Unternehmer die beherrschenden Forderungen des Buchdruckerbandes zu 10 Mark wöchentlich Juliane nicht bewilligen wollen, so bleibt jetzt nur der Weg des Kampfes, wenn eine annehmbare Zulage erreicht werden soll. Bei der überaus guten Konjunktur im Buchdrudgewerbe haben es die Buchdrucker nicht nötig, sich mit elenden Bettelpennigen abtreiben zu lassen. Weder ein neuer, unzureichender Schiedspruch, noch eine eventuelle Verbindlichkeitserklärung kann die Wirtschaft eines geschlossenen Buchdruckerstreiks beeinträchtigen. Bei der guten Konjunktur müssen mindestens die 10 Mark pro Woche herausgeholt werden, denn diese 10 Mark sind ja an sich noch nicht einmal ein Ausgleich für die erhöhten Lebenshaltungskosten. Es wäre ein Verbrechen der Führung des Buchdruckerbandes, wenn sie trotz der günstigen Situation von diesen 10 Mark auch nur einen Groschen nachlassen würde.

Fortsetzung 24

# PASSAGIERE

II  
KLASSE

ROMAN VON KURT KLAEBER

Die Deutschen mußten ihm aber trotzdem gut bekommen sein, denn er ließ sich danach nicht wieder lehnen. Ja, wir wurden sogar in Nähe gelassen. Ein paar Tage später kam ein dicker, hoarter Kerl, wohl einer seiner Verwalter, zählte uns unteren Lohn aus und fragte, ob wir unter den gleichen Bedingungen noch weiter arbeiten wollten. Wir waren es zufrieden, denn durch die Freundschaft mit den Farmern fanden wir jetzt leicht zu einem Stück Vieh oder sonst etwas Aehnlichem, und wir konnten es ausbalzen. Außerdem rüstete uns auch keiner mehr auf den Hals, der uns anzutreiben verachtete oder schimpfte, wenn das Vieh einige Kilogramm weniger herzog als vereinbart war.

Die Farmer aber blieben unsere Freunde, solange wir darüber unter Silber tranken, und als wir abfuhren, sagte der Letzte, so ein richtiger Wald- und Wiesenbär, zu uns: "Von! Ihr habt uns eine gute Lehre gegeben. Die Farmer und die Arbeiter gehören zusammen. Alles, was darunter oder darüber ist, soll aber der Teufel holen!"

"Ja," fiel der Belgier ein, der den Dänen schon lange unterbrochen wollte, "das war in Mexiko! Glaubst du aber, es geht's in den Staaten oder in Europa dasselbe?"

"Kamerad!" antwortete der Däne und nahm den Belgier mit seinen feurigen Augen scharf an, "es ist überall dasselbe! Wir müssen nur die Augen aufzwecken und suchen. Jeder kommt darauf, daß ihm der andere hilft, und wenn erst einer einmal die Faust hebt und zuschlägt, kommen sie alle, um mitzuschlagen!"

"Ach das ist einfach!" fiel der Belgier wieder ein und machte ein spöttisches Gesicht.

"Kamerad!" antwortete der Däne ernster, "das einzige, was uns behindert loszufliegen, sind wir selber. Nicht, daß wir feig wären oder keinen Mut hätten. Wir sind tapfer, wenn einmal zugeschlagen werden muß, aber", der Däne wurde blass, "wir sind fünfzig Jahre wie Vieh getreten und gestoßen.

## Neue Ausschlußverfahren im DBB

Die Reformisten überreissen den Klassentrichter Niedner

Die von den Reformisten in den letzten Monaten im DBB gegen die Kommunisten geführte heile wird jetzt mit neuen Ausschlußverfahren getont, die gegen führende oppositionelle Kollegen gerichtet sind. Unter allen Umständen wollen sie vor den unbedeutenen oppositionellen Kritikern an ihrer jämmerlichen Kriegsstrategie Rache haben, um ihre wirtschaftsfreudliche SPD-Politik bei den kommenden Tariftämpfen ungehindert durchführen zu können. Dabei werden Methoden angewandt, die selbst die sozialdemokratischen Kollegen zum Nachdenken veranlassen.

In Berlin ist jetzt der Kollege Göhl — seit 20 Jahren Mitglied des Verbandes und langjähriger Branchenleiter der Drucker — aus dem Verband ausgeschlossen worden. Als Material zu seinem Ausschluß diente den Reformisten der Bericht eines Politseipels über eine Fraktionierung der oppositionellen Metallarbeiter. Nachdem jetzt dieser Spiegel als direkter Polizeiangestellter, der ihm im Auftrag des Berliner Polizeipräsidiums in die Reihen der kommunalpolitischen Metallarbeiter eingeschlichen hatte, entlarvt worden ist, steht fest, daß die SPD-Führer des Verbandes selbst durch die Spiegellosen der Abteilung laubnahmen, um Kommunisten aus dem Verband herauszuwerfen. Demnach besteht eine innige Verbundan zwischen der politischen Polizei und den Reformisten des DBB. Während vor dem Bürgerlichen Klassentrichter noch wenigstens der formelle Ausschluß gemacht wird, das in den Spiegeln enthaltenen Material zu beweisen, genügt den Reformisten der Bericht selbst, um einen unbedeutenen Kommunisten zu entfernen. Der aus "unentwegten" Demokraten bestehende DBB-Vorstand des DBB übertrifft lediglich noch den Klassentrichter Niedner in seinem Roßkoller. Er hat gegen mehrere Genossen in Mitteldeutschland ein Untersuchungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses eingeleitet, weil sie als Mitglieder der kommunistischen Partei ihre Parteiseitung unter den Streitkräften verbreitet haben. Durch diese Verbreitung sollen sie den Verband geschädigt haben. Die Zeitung selbst hatte eine klare Kritik der reformistischen Methoden im mitteldeutschen Streit enthalten. Damit verbietet also der Vorstand einen großen Teil der Mitgliedschaft die politische Betätigung, während er auf der anderen Seite die Verbreitung von SPD-Material innerhalb des Verbandes nicht nur duldet, sondern sogar fördert. Das ist die parteiliche Neutralität, wie sie von den Reformisten erwartet wird.

Es häufen sich die Fälle, wo gegen Kollegen, die Mitglied der KPD sind und als Funktionäre ihrer Partei Flugblätter

oder Zeitungen der Partei, dem Verbrechen Schläge leidend, verantwortlich zeichnen. Ausschlußverfahren eingeleitet werden. Damit macht sich der Vorstand des DBB eine Jurur über die kommunistische Presse an. Die Begründung, die dabei gegeben wird, ist oft unklug, daß man sieht, wie framhaft die Konstruktionen für das Ausschlußverfahren gebaut werden. Als einer der Hauptfeinde im Vorstand ist Otto Hancke zu betrachten. Wie lassen eine von ihm verfaßte Stilleblüte in einem solchen Ausschlußverfahren gegen einen verantwortlichen Ge- nossen folgen?

Mit dieser verantwortlichen Zeichnung des erwähnten Flugblattes haben Sie es verstanden, eine an und für sich unberichtigte, sowohl unbegründete Verleumdung und Verdächtigung gegenüber den Beratern und Führern der freien Gewerkschaften in einer solchen Weise bekanntzumachen, daß damit einer eine Schädigung unseres Verbandes mit Sicherheit zu erwarten ist, bzw. von Ihnen verursacht wurde."

Also, weil in einem Flugblatt der KPD vom Vorstand eine Schädigung des Verbandes "erwartet" wird, die gar nicht eintrete, in das Flugblatt hatte im Gegenteil die Mitgliedschaft mobilisiert, was die Reformisten wohlweislich unterlassen hatten, soll der Kommunist, der dieses Flugblatt noch nicht einmal verlädt, sondern lediglich preisgefeiert verantwortlich gemacht bei herausgeworfen werden.

Aber noch mehr. Nicht nur gegen verantwortliche Redakteure, sondern auch gegen Kollegen, die Flugblätter verbreiten, richtet sich die Wut der Reformisten. So wurde dieser Tage gegen eine Kollegin in Berlin, die anlässlich des Werkzeugmaschinenstreits Flugblätter der Opposition verteilt, ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Gegen die Brutalität und Niedertrüppelung jeder Kritik im Verband durch die Verbandsbureauaufträge müssen die Mitglieder den kühlen Kampf aufnehmen. Sie müssen in allen Versammlungen des Verbandes die Reformisten über ihre Schändaten zur Rede stellen und sie zwingen, diese Methoden einzustellen, die weiter getrieben, nur völigen Zerstörung jedes gewerkschaftlichen Lebens führen müßten. Die Metallarbeiter dürfen sich nicht gefallen lassen, daß ihre besten Funktionäre unter der Wut der Reformisten verhängt werden. Wichtig ist, in diesem Kampfe gegen die Diktatur der Reformisten ist der Eintritt der noch unorganisierten Metallarbeiter in den Verband. Für jeden herausgeworfenen Kollegen müssen zehn neue Kämpfer gegen den Reformismus im Verband auftreten.

## Die Steinarbeiter Schlesiens im Streit

Die Steinarbeiter der Striegauer Gegend sind am 3. März in den Streit getreten. Diese Arbeitnehmerdelegation war sehr gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer des Steinarbeiterverbandes, wenn sie den Streit auch unter dem Druck der Arbeiter funktionieren mußte.

Die Steinarbeiter verlangen eine 20prozentige Lohnerschöpfung und darüber liegen Verhandlungen. Als die Unternehmer erklärt haben, daß sie keinen Pfennig anlegen wollen und verlangten, den bisherigen Lohntarif um 2 Jahre (!) zu verlängern, sollte die Nachricht von dieser Provozation wie ein Laufener durch die Steinbrüche. Dadurch wurde sofort der Striegauer Streit

ausgelöst. Vergeblich verlangten die Verbandsführer, daß die Steinarbeiter wieder in den Betrieb zurückkehren sollten. Eine vom Verband vorgenommene Urabstimmung zeitigte das Resultat, daß von den abgegebenen 1479 Stimmen 1228 für Fortsetzung des Streits waren, gegen sofortigen Streit (nicht gegen Streit überhaupt) waren nur 124. Die Arbeiter der Zahlstelle Hösli schließen ebenfalls die Arbeit nieder (etwa 1500 Arbeiter). Ihnen folgte die Zahlstelle Groß-Rosen (1200 Arbeiter).

Auch in Stechlin wurde in einer Urabstimmung mit 941 gegen 175 Stimmen der Streit befohlen, womit alle entscheidenden Gegenenden vom Streit betroffen sind.

Die Steinarbeiter sind gewillt, den Kampf geschlossen fortzuführen, bis zur Bewilligung ihrer Forderungen.

## Bergarbeiterstreit im Saargebiet

Am Sonnabendmorgen ist die 200 Mann starke Belegschaft der Grube Kohlwald (Saargebiet) wegen Mahrtreppung von drei Bergarbeitern geschlossen in den Streit getreten. Eine Belegschaftsversammlung forderte die Zurücknahme der Entlassenen bis Montag; im Weigerungsfalle fordert die Belegschaft vom Verband die Verstärkung des Streites.

Zu nebenstehendem Bild:  
Dänische Arbeitslose aus Jütland auf dem Wege nach Kopenhagen.

Transparent:  
Transparent:  
Wir fordern Arbeit!



worden. Man hat uns geführt wie Hammel, die nicht den Weg in den eigenen Stall wissen und dahin geprägt. Ja, man hat uns entmündigt und enteignet, man hat uns wie Kinder und Dumme behandelt und uns nichts weiter gelebt als das Gedächtnis!

"O!" lagte er leiser und verzog sein Gesicht zu einem sonderbaren Grinsen, „und dabei hat man uns eingeschläfzt, daß der Sinn und die Ordnung der Welt und der Gesellschaft etwas Schwères und kaum Lösbares sind, daß wir uns den Kopf daran zerbrechen würden, und daß wir deswegen unseren Obrigkeit einen Kampf mit diesen Dingen überlassen sollen!

"Und," sprach er wieder laut und sah auch den Amerikaner an, „ist es heute besser geworden? Wir werden noch überall geprügelt und gefehdett, lassen uns ausheulen und treten und machen noch ein zufriedenes Gesicht dazu. Sicher, wir haben auch vor den verschlossenen Toren und ballen die Fäuste. Wir trauen uns aber nicht zuzuschlagen, weil wir noch immer denken, es könnte deswegen unserer Obrigkeit den Kampf mit diesen Dingen überlassen sollen!"

"Ja!" lagte er. „Das ist es. Die Ungleichheit vor dem, was kommen könnte. Wir trauen uns nichts zu, weil man uns ein halbes Jahrhundert vorgelegen hat, daß wir dumme, beschämte und unmöglich wären, daß uns das Hirn fehlt, um nur einen einzigen Hebel des Staates in Bewegung zu setzen und daß es uns noch unmöglich wäre, uns selber zu regieren!"

"Freund!" fragte der Amerikaner, der den Dänen seit angeschlagen hatte, „wund ist das so leicht?"

"Kamerad!" lachte der Däne und blinzerte den Beobachtern an, „seidem der Kuli gesagt hat, daß sogar der Bauer regieren kann, den vor einigen Jahren noch schwärmer gehalten wurde als bei uns dabein das Vieh, muß man ihnen zugeben, daß es nicht so beschämlich ist, Steuern einzuzahlen und für Ordnung zu sorgen. He! Und für eine Ordnung, die an der der Russen gemessen, schlechter ist als die im dreigekauften Rußland!"

Der Amerikaner schwitzte. Auch der Belgier schwitzte jetzt in seine Kleider. Tonnernd hörte man darüber den Schotten reden.

Der hatte sich, trotzdem er müde war, mit dem Deutschen in einen Disput eingelassen. Er war schneller dazu gekommen, als es den beiden lieb war.

Der Deutsche, aufgerichtet wie ein vollender Pfeifer von dem Spott, der den ganzen Tag hinter ihm hergelegen war, wartrippt auf und abgelauft, ohne daran zu denken, sich auszuziehen.

Dem Schotten, dem noch vor Kurzem die Zähne in den Gaumen los waren, und der nun die Augenrollen legen würde, als hätte er die ganze Woche kein Bett gelegen, brachte das auf.

"Hast du ein schlechtes Gewissen?" brummte er und schielte den Läufenden boshaft an.

Der Deutsche blieb stehen und rieb den Mund auf, dann drohte er sich aber plötzlich um und riß alles aus sich heraus, was sich den ganzen Tag an Wut in ihm angesammelt hatte.

"Wegen was?" fragte er erst hastig, und er zog sein dikes Gesicht so lang, daß er auslief wie ein amtierender Richter.

Der Schotte krümmte sich ein wenig zusammen. Das lächelte sich zu und klappte mit den Augenlidern.

"Pad!" lachte der Deutsche, aber schon auf und hob seine Fäuste, "Elende Pad! Bin ich denn unter lautem Spießhaken und Tagedieb gefommen? Ist hier kein guter Christ, der einem ehlichen Handwerker zu Hilfe kommt? Ist hier kein Mensch, der einem andern Menschen hilft?"

"Pad!" lachte der Deutsche, aber schon auf und hob seine Fäuste, "Elende Pad! Bin ich denn unter lautem Spießhaken und Tagedieb gefommen? Ist hier kein guter Christ, der einem ehlichen Handwerker zu Hilfe kommt? Ist hier kein Mensch, der einem andern Menschen hilft?"

Der Deutsche brachte das noch mehr auf. „Ja, Spießhaken und Tagedieb gefommen? Ist hier kein guter Christ, der einem ehlichen Handwerker zu Hilfe kommt? Ist hier kein Mensch, der einem andern Menschen hilft?"

"Kapitän!" lachte er auf einmal lächelnd, „und ich anständiger Mensch soll jedes Tag mit euch zusammen leben!"

Dem Schotten wurde das allmählich zu bunt. Besonders das "Schwein" war ihm in dem Mogen gefallen.

"Wer ist ein Schwein?" fragte er darum laut und sah nach dem Deutschen.

"Du! — alle!" — knackte der Deutsche auf und zog sich ein Stück zurück. Sein gedungenes Gesicht wurde dabei noch lächerlicher und lief auseinander wie zu weich gekochter Krebs.

Das brachte den Schotten ganz auf die Beine. „Hund!" lachte er und zog den Deutschen in seine Arme. „Willst du wahrhaftig Hunder einen ehlichen Arbeiter beschimpfen?"

Der Deutsche verlor sich erst zu sträuben. Unter dem harten Griff des Schotten wurde er aber lächig und weiß. „Leben!" rammte er auf einmal, und seine Augenlider fliegen nach oben. „Lieber!“ Er drückt mich tot!

(Fortsetzung folgt)

